

tiert der „Polarstern“ die französischen Schiffe mit 30 Kanonenschiffen. Hierauf kehren der Kaiser und die Großfürsten nach Fredensborg zurück.

#### XIV.

### Schweden und Norwegen.

13. März. (Stockholm: Volksreichstag.) Um für das allgemeine Stimmrecht Propaganda zu machen, haben die Radikalen einen „Folkfridsdag“ organisiert, der von den zum gesetzlichen Wahlrecht nicht Zugelassenen gewählt ist. An demselben nahmen 123 Delegierte teil, darunter 29 Sozialisten. Bei der Wahl des Bureaus siegte die nicht sozialistische Kandidatenliste mit einer Mehrheit von 4 Stimmen.

14. März. (Christiania.) In der Sitzung des Stortingss acceptiert der Konseilspräsident Steen namens der Regierung die von der äußersten Linken beantragte Tagesordnung, wonach Norwegen ohne Verhandlung mit Schweden die Konsulatsfrage erledigen solle. Gleichzeitig glaubt Steen, von der Annahme der von den Moderaten und Mitgliedern der Rechten beantragten Tagesordnung, welche Verhandlungen mit Schweden empfiehlt, abzuraten zu sollen. Der Führer der Rechten, Stang, betont, man habe nur zu wählen, ob man der Regierung, welche außerhalb der Verfassung liegende Gewaltmittel anzuwenden im Begriff stehe, folgen oder in Verhandlungen mit Schweden eintreten wolle.

16. März. (Stockholm.) Der Folkfridsdag sendet eine Deputation an den Staatsminister Poström. Der Minister läßt dem Präsidenten des Folkfridsdag eine schriftliche Erklärung zustellen, in welcher es heißt:

Er könne eine besetzte Deputation nicht empfangen, er kenne keine anderen Vertreter des schwedischen Volkes als die gemäß den konstitutionellen Gesetzen gewählten. Er könne begreifen, daß Personen zur Erreichung eines Zweckes, der ihnen am Herzen liegt, Versammlungen abzuhalten, aber er finde es nicht richtig, daß dies in einer Weise geschehe, als ob diese Personen seien dem Riksdag das schwedische Volk repräsentierten.

17. März. (Christiania.) In der Abendsitzung des norwegischen Stortingss wird die Tagesordnung der Rechten und der Moderaten mit 64 gegen 50 Stimmen abgelehnt, die Tagesordnung der Linken mit 64 gegen 50 Stimmen angenommen. Der von der Linken als Nachtrag zum ersten Antrag über das Konsulatswesen